
02.10.2004 - Business / Economist

Interview: "Planwirtschaften regieren die Welt"

VON MARTIN KUGLER

Der Markt sei ein guter Diener, um die Welt gerechter zu machen, sagt der Neoliberalismus-Kritiker Jakob von Uexküll im "Presse"-Gespräch.

WIEN. Jakob von Uexküll ist ein scharfer Kritiker des Neoliberalismus. "Mit diesem System steuern wir auf eine Krise zu, die so radikal ist, dass es schwierig sein wird, dass sich die Gesellschaft davon erholt", sagt er zur "Presse". Der Gründer des Alternativen Nobelpreises war Ende der Woche auf Einladung von GlobArt, dem Ökosozialen Forum, der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und der Industriellenvereinigung in Wien. Das Problem mit dem Neoliberalismus sei, dass die Ökonomie totalitär geworden ist. "Sie dominiert nun alle anderen gesellschaftlichen Bereiche, wie es früher Kirche und Staat getan haben."

In der Theorie möge es vielleicht stimmen, dass das beste Ergebnis herauskommt, wenn alle möglichst viel konsumieren. Aber in der Praxis ist das für Uexküll grundfalsch: Denn das Modell des ökonomischen Primats werde mit der Realität einfach nicht fertig. "Japan belegt die Absurdität deutlich." In einer ökologisch endlichen Welt würde man sich vernünftigerweise freuen, wenn ein Volk sage: Dankeschön, wir sind reich genug und sparen nun, das ist gut für unsere Nachkommen. "Das wird aber als Bedrohung für die Weltwirtschaft gesehen."

Die Behauptung, der Neoliberalismus würde das weltweite Paradies bringen, sei in Wirklichkeit eine Schutzbehauptung der Profiteure - wobei man merke, dass diese Leute in diesem Gedanken gefangen sind, dass sie keine Alternative sehen. In dieser Situation gelte es nun, Modelle zu entwickeln, die realistischer sind. Ein zentraler Bestandteil davon ist für Uexküll selbstverständlich die Marktwirtschaft. "Der Markt war immer da, er ist immer ein guter Diener gewesen, aber er ist ein schlechter Meister." Und es sei ja auch nicht so, das heute der Markt regiere. "Es sind die global Player: Sie bringen die Planwirtschaft hinein." Die 51 größten Planwirtschaften der Erde seien heute Privatunternehmen, als 52. komme dann Kuba. "Das kann natürlich nicht funktionieren", so Uexküll. Nebenbei bemerkt er: "Es ist ein Trugschluss, dass wir in den letzten 20 Jahren eine Deregulierung gehabt haben: Wir haben eine Umregulierung zu Gunsten der Global Players gehabt."

Ohne die geeigneten Rahmenbedingungen könne der Markt aber nicht funktionieren. "Schon Adam Smith sah die Notwendigkeit, ethisch-moralische Rahmenbedingungen zu schaffen". Als dringendes Problem nennt Uexküll ein grundlegendes Marktversagen: dass der Markt Signale der Zukunft nicht ausreichend berücksichtigt. Etwa bei den Prognosen der Erdölvorräte: "Man hat aus politischen Gründen, um die Leute nicht zu verunsichern, die Ölvorräte überschätzt. Und man hat in den Ölförder-Ländern die Vorräte überschätzt, weil sie in der Opec umso mehr liefern dürfen, je mehr Öl sie haben". Auf die offensichtliche Knappheit des Erdöls könnten solche Mechanismen aber nicht reagieren, ist sich Uexküll sicher. "Ich halte es aber für nicht so unwahrscheinlich, dass es uns gelingt, eine Marktgesellschaft zu formieren, in die die Signale der Zukunft stärker eingehen."

Eine Diskussion rechts versus links zu führen, hält Uexküll für verkehrt: "Heute schwingt das Pendel nicht mehr zwischen Individualismus und Kollektivismus, sondern zwischen George Bush und Al Qaida." Die Alternative sei heute nicht die Sowjetunion, sondern die

Terrororganisation. Es heißt, Osama bin Laden würde eine globale Persönlichkeitswahl gegen Bush gewinnen. Das ist ja eine groteske Vorstellung. Wir müssen eine dritte Alternative entwickeln."

Und hier stellt sich für Uexküll ein grundlegendes Problem. "Die Organisationen, die alternative Modelle entwickelt haben, waren nicht fähig, das auch umzusetzen". Seit Jahrzehnten gebe es Konferenzen und Kommissionen, wo viele Lösungen entwickelt worden seien. "Und am Ende gibt es einen Bericht, den man sich ins Regal stellt."

"Ich behaupte nicht, dass ich eine Lösung habe", bekennt Uexküll offen ein. Einen Versuch dazu hat er aber mit der Gründung des "Weltzukunftsrats" gestartet. Diese Organisation soll durch Einbindung der besten Köpfe der Welt und von Parlamentariern aus allen Ländern bestehende Beschlüsse wie etwa die UN-Millenniums-Ziele umsetzen.

© diepresse.com | Wien